Okt 2026 - Jan 2027
Ausgabe 68

ausgestrahlt magazin

gemeinsam gegen atomenergie



Auf Teufel komm raus

Wie Regierungen in Deutschlands Nachbarländern sich um jeden Preis an Atomkraft klammern

Schwerpunkt Seite 3–9

Foto [M]: Taxiarchos228 / Wikimedia | Holger M. Müller

Große Versprechen

Wie der Kernfusionshype die Energiewende ausbremst

Seite 12/13

Große Summen

Warum multilaterale Banken wieder in Atomkraft investieren

Seite 8/9

Große Inzidenz

Rings um die Uranfabrik in Metropolis diagnostizieren Ärzt*innen viele Hirntumore

Seite 14

Inhalt

VEB Atomideologie 3
Einleitung | Der Markt hat längst gegen AKW entschieden. Die Regierungen vieler Nachbarstaaten aber setzen weiter auf Atomkraft. Die unrentablen Reaktoren wollen sie in eigener Regie mit Steuergeld betreiben

Schweizer Atomk(r)ampf 6
Hintergrund | Gekaufte Unterschriften, hohle Finanzversprechen und eine Abstimmungsfarce im Parlament: Wie ein Schweizer Multimillionär und ein Atomlobby-Minister den Volksentscheid zum Atomausstieg in der Schweiz aushebeln wollen

Finanzierungsgehilfen 8
Hintergrund | Multilaterale Banken wie die Weltbank unterstützen Investitionen in weiten Teilen der Welt. Nun wollen sie wieder Atomprojekte fördern – mit Steuergeldern auch aus Deutschland

Anti-Atom-Meldungen 10

Zündprobleme 12
Fragen & Antworten | Wind und Sonne liefern längst Strom im großen Maßstab. Trotzdem wird die Kernfusion wieder zur Zukunftshoffnung erklärt. Kann sie wirklich zu Energiesicherheit und Klimaschutz beitragen?

Rückblick 14

Tod im Kühlkreislauf 16
Infografik | Milliarden Wasserorganismen werden in AKW mit dem Kühlwasser angesaugt, zeigen Untersuchungen aus Frankreich. Die wenigsten der Fische, Krebstiere und Quallen überleben die Tortur

Dieses .ausgestrahlt-Magazin hat ausnahmsweise nur 16 Seiten.

Trends und Grenzen

Liebe Leser*in,

Erneuerbare haben die Atomkraft längst abgehängt: 2025 lieferten Sonne, Wind & Co. in der EU, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich bereits mehr als doppelt so viel Strom wie die 111 AKW. Während die Atomstromerzeugung in den letzten zehn Jahren um ein Fünftel zurückging, legten die Erneuerbaren um mehr als die Hälfte zu. Der Trend ist eindeutig, die Dynamik des Erneuerbaren-Ausbaus ungebrochen.

Doch während Investor*innen und viele Energiekonzerne längst verstanden haben, wie sich Strom günstig und resilient erzeugen lässt, hinkt die Politik hinterher. Insbesondere rechte Regierungen träumen weiter von Atomkraft. In zahlreichen Nachbarländern sollen mit Steuergeld gepäppelte Staatskonzerne alte AKW am Leben halten, abgeschaltete reaktivieren und/oder neue bauen. Das ist eine Gefahr auch für die Menschen in Deutschland.

Umso wichtiger ist unser grenzüberschreitender, gemeinsamer Protest. Ob auf der Straße oder im politischen Raum: Stellen wir uns diesen Plänen entschlossen entgegen und tragen unseren Teil dazu bei, sie zu stoppen! *Armin Simon*

und das ganze .ausgestrahlt-Team

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir streiten dafür, die AKW in ganz Europa abzuschalten, die Energiewende zum Erfolg zu führen und einen möglichst sicheren Umgang mit dem Atommüll durchzusetzen.

Mehr als 3.500 Förder*innen legen mit ihrer regelmäßigen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! **ausgestrahlt.de/foerdern**

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 16-köpfiges Team von Angestellten und Ehrenamtlichen.

ausgestrahlt.de/ueber-uns

.ausgestrahlt folgen

.ausgestrahlt-Kanäle gibt's auf

Der **.ausgestrahlt-Newsletter** informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.

ausgestrahlt.de/newsletter

Dieses **.ausgestrahlt-Magazin** erscheint drei Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis. **ausgestrahlt.de/magazin**

PDF dieses Magazins mit verlinkten Quellen: **ausgestrahlt.de/mag68**

.ausgestrahlt-Shop

Da Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich. .ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten.

Wir freuen uns, wenn Du die Herstellung des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst.
Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: **ausgestrahlt.de/shop**

Impressum

.ausgestrahlt
Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de ausgestrahlt.de

Redaktion: Anna Stender, Armin Simon
Mitarbeit: Carolin Franta, Jürgen Rieger, Merete Looft, Michael Spohn, Sarah Hilsenbeck, Sarah Lahl, Stephanie Eger, Ute Koczy
Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf: Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender
Druck: Vetters, Radeburg, auf Recyclingpapier
Auflage: 20.500
V.i.S.d.P.: Armin Simon

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS GLS Bank
Paypal: spenden@ausgestrahlt.de
Spenden sind steuerlich absetzbar

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



Foto: Ajrocket1 / Wikimedia

In diesen Sand kann man viel Geld setzen: frisch gerodeter AKW-Bauplatz an der Ostseeküste

VEB Atomideologie

Einleitung | Der Markt hat längst gegen AKW entschieden. Die Regierungen vieler Nachbarstaaten aber setzen weiter auf Atomkraft. Die unrentablen Reaktoren wollen sie in eigener Regie mit Steuergeld betreiben

Selbst für verstrahlte Atomruinen gibt es in **Belgien** noch Geld. Sie wolle, hat die belgische Mitte-Rechts-Regierung angekündigt, den gesamten Nuklearsektor von Engie übernehmen. Der Betreiber der einst sieben Reaktoren – fünf davon schon stillgelegt – setzt längst auf erneuerbare Energien und Batteriespeicher zum Geldverdienen. Atomkraft rechne sich nicht, betont er. Doch die Politik will Atomkraft, unbedingt. Engie freut es. Den Atommüll übernimmt der Staat zum Fixpreis. Für den Weiterbetrieb der Reaktoren sechs und sieben geht er als Mitbetreiber mit in die Haftung, garantiert Engie sieben Prozent Rendite und sichert das Risiko niedriger Börsenstrompreise über einen Differenzvertrag ab.

Inzwischen feilscht der Konzern darum, wie viele Milliarden er für seinen restlichen Atomschrott noch bekommt. Eine komfortable Position, denn die Arizona-Koalition will alles haben. Ihr Plan: die zwei Reaktoren 60 Jahre lang betreiben, die schon abgeschalteten angeblich wieder in Betrieb nehmen. Ob das nun geht oder nicht, in Anbetracht von Zustand und Alter der Anlagen? Eher egal. Ob es sich rechnet? Noch mehr egal. Die Politik beschließt, was für sie ins Programm passt. Zahlen muss der Staat.

Der Staat als AKW-Betreiber

Ein absurder Einzelfall? Keineswegs. Auch die liberal-konservative Regierung in den **Niederlanden** will, Erneuerbare hin oder her, partout Atomkraftwerke bauen und hält insofern am Plan der rechten Vorgängerregierung fest. Allerdings kann auch sie der ökonomischen Realität nicht entfliehen: Neue AKW – politische Vorgabe: vier – rechnen sich nicht. Aus den fünf Milliarden Euro, mit denen sie die ersten beiden Reaktoren anschieben wollte, sind schon vor der Standortentscheidung 20 bis 30 Milliarden Euro geworden, die der Bau verschlingen würde – ohne Finanzierungskosten. Ab 11,8 Milliarden Euro rechne sich das Vorhaben nicht mehr, ergab eine Untersuchung. Kein Wunder, dass private Investor*innen bisher nicht zu finden sind. Unter normalen Bedingungen würde dies das Aus bedeuten. Hier aber regiert Ideologie, das heißt: Der Staat springt selber ein. Eine eigens gegründete staatliche Kernenergiegesellschaft soll die neuen AKW bauen und betreiben. 14,5 Milliarden Euro sind dafür reserviert – aus dem Klimafonds, zu Lasten von erneuerbaren Energien und Klimaschutzmaßnahmen.

Energiekonzern EdF, Betreiber aller 57 AKW in **Frankreich**, ist komplett in Staatsbesitz und mit mehr als 50 Milliarden Euro verschuldet. Trotzdem soll er sechs neue EPR2-Reaktoren bauen, hat die Regierung beschlossen. Die aktuelle Kostenschätzung liegt bei 72,8 Milliarden Euro. Mindestens 60 Prozent davon will der Staat über ein vergünstigtes Darlehen finanzieren, außerdem ist ein 40-jähriger Vertrag zur Absicherung der Stromerlöse vorgesehen. Der Rechnungshof warnt vor den Folgen. Die Regierung hat



Buchcover „Die Gewerkschafterin"

Foto: Heike Lachmann

Grenzüberschreitende Menschenkette für die Abschaltung des Rissreaktors Tihange 2 im Juni 2017

angekündigt, dass unter Umständen acht weitere Reaktoren hinzukommen könnten …



In **Polen** hat der Energiekonzern Polskie Elektrownie Jądrowe (PEJ), zu 100 Prozent in Staatshand, gerade die ersten Komponenten für drei an der pommerschen Ostseeküste geplante Reaktoren bestellt. Die EU-Kommission hat eine staatliche Unterstützung in Höhe von 14,2 Milliarden Euro genehmigt, das ist etwa ein Drittel der erwarteten Baukosten. Für den Rest will der Staat Kreditgarantien geben.



In **Tschechien** stellt die Regierung für zwei geplante neue Reaktoren im AKW Dukovany einen zinsgünstigen Kredit über die gesamten Baukosten bereit. Künftige Einnahmen aus dem Stromverkauf sichert sie über einen 40-jährigen Differenzvertrag ab. Es ist ein Vertrag mehr oder weniger mit sich selbst. Denn die Regierung, bisher Mehrheitseigner des Energiekonzerns ČEZ, hat auf der Hauptversammlung gerade dessen Aufspaltung beschlossen: Die Stromerzeugungssparte mit den AKW soll – wen wundert das noch? – vollständig in staatliche Hand übergehen.

Revival der Rumpel-Reaktoren

Ein Drittel (32) der 98 Reaktoren in der EU ist schon in den Dreißigern, mehr als die Hälfte (53) hat sogar schon mehr als 40 Jahre auf dem Buckel; Letzteres gilt auch für die vier Schweizer Reaktoren. Der weitaus größte Teil der Reaktorflotte rings um Deutschland hat somit das Ende seiner geplanten Lebensdauer bereits erreicht oder überschritten. Zugleich sind EU-weit in den vergangenen zwei Jahrzehnten ganze zwei Reaktoren in Bau und vier ans Netz gegangen. Und auch die heute diskutierten AKW-Neubauten werden, falls es soweit kommt, erst in den kommenden Jahrzehnten Strom einspeisen.

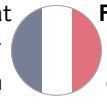
Das bedeutet, dass der einzige Weg, weiterhin in nennenswertem Umfang Atomstrom zu erzeugen, darin liegt, die bestehenden Reaktoren länger zu betreiben. Das ist der Grund, warum die Regierungen aller Atom-Nachbarländer Deutschlands Laufzeitverlängerungen für die meisten ihrer Reaktoren um mehrere Jahrzehnte anstreben.



Niederlande: Das AKW Borssele, mit 53 Jahren der älteste Reaktor in der EU, soll 80 Jahre laufen dürfen. Die Regierung hat dafür im September 2026 die gesetzliche Grundlage geschaffen; entschieden über die Verlängerung ist noch nicht.



Belgien: Tihange 3 und Doel 4, beide bereits rund 40 Jahre alt, sollen nach dem Willen der Regierung nicht nur bis 2035, wie bereits bewilligt, sondern weitere 10 Jahre laufen – Betreiber Engie hatte dies zuletzt als nicht vorstellbar bezeichnet. Zudem hat die Regierung eine Wiederinbetriebnahme der bereits abgeschalteten Meiler als Ziel ausgegeben, darunter die Rissreaktoren Tihange 2 und Doel 3. Die Prüfungen und Verhandlungen über eine Übernahme sollen bis November dauern.



Frankreich: Bis die Neubaupläne, wenn überhaupt, in Jahrzehnten Früchte tragen werden, schickt die Regierung die

gesamte Reaktorflotte in die Verlängerung: Die Reaktoren sollen zunächst 50, dann 60 Jahre lang laufen. Der französische Rechnungshof schätzt die Kosten allein bis 2035 auf mehr als 100 Milliarden Euro. Konkret soll ab kommenden Jahr die Laufzeit der vier Reaktoren des AKW Cattenom, zwölf Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, um zehn auf 50 Jahre verlängert werden.

Schweiz: Der rechtspopulistische Energieminister strebt für die beiden jüngsten AKW – auch sie schon mehr als 40 Jahre alt – eine Laufzeit von 80 Jahren an. Dafür will er die Staatsschatulle öffnen, Nachrüstmaßnahmen subventionieren sowie die AKW gegen neue Sicherheitsanforderungen und gegen zu günstigen erneuerbaren Strom absichern.

Tschechien: Sowohl für die vier Reaktoren in Dukovany, schon rund 40 Jahre am Netz, als auch für die beiden jüngeren in Temelín sind Laufzeitverlängerungen bis 60 oder gar 80 Jahre anvisiert. Betreiber ČEZ, demnächst vollständig in Staatshand, rechnet dafür mit jährlichen Kosten von 400–480 Millionen Euro pro Jahr.

Diese Atom-Geriatrie wird Milliarden verschlingen – und das Atomrisiko in Europa vergrößern. Denn auch ein instandgehaltener und nachgerüsteter Reaktor bleibt ein Relikt aus einer anderen Zeit: Die Anlagen sind nicht nur technisch, sondern auch konzeptionell veraltet. Sie entsprechen bei Weitem nicht mehr heutigen Sicherheitsstandards und sind gegen neuartige Bedrohungen – Stichwort: Klimawandel, Drohnen – nicht gewappnet. Zudem sind sie auf eine kontinuierliche Stromproduktion ausgelegt, obwohl das auf erneuerbaren Energien fußende Stromsystem der Zukunft Flexibilität erfordert. Das Festhalten an Atomkraft verzögert, erschwert und verteuert den notwendigen Wandel.

Den Atomfans nicht das Feld überlassen

Umso wichtiger ist es, dass die Atompläne nicht unwidersprochen bleiben. Die wenigsten Projekte sind bereits fix eingetütet, die Finanzierung vielfach noch lückenhaft oder ganz offen. Auch wenn das Geld bei Staats-AKW unter Umständen nicht mehr von Investoren kommen muss, die rechnen und deshalb die Finger von Atomkraft lassen, gibt es auch hier Einflussmöglichkeiten: Haushaltshoheit haben immer noch die Parlamente. Regierungen müssen sich rechtfertigen, warum sie so viele Milliarden ideologiegetrieben in derart unrentable Projekte stecken wollen. Öffentliche Banken agieren nicht im politikfreien Raum. Und wenn ein AKW in Staatshand betrieben, finanziert, subventioniert wird, haben auch Wettbewerbshüter*innen ein Wörtchen mitzureden – schließlich ist jede*r, der Strom erzeugt, ihn speichert, mit ihm handelt, davon mittelbar betroffen.

Nach internationalem Recht haben Nachbarländer nicht nur bei neuen AKW in Grenznähe, sondern auch bei Laufzeitverlängerungen bestehender Meiler ein Mitspracherecht, etwa über eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung. Ob diese eingefordert und wie diese genutzt wird, hängt auch von der öffentlichen Aufmerksamkeit ab, die das Thema erfährt. Wir sollten die Bundesregierung und die betroffenen Landesregierungen hier nicht aus der Verantwortung entlassen. Kritische Fragen, die hier gestellt werden, stärken auch den atomkraftkritischen Stimmen in den Nachbarländern den Rücken. *Armin Simon, Anna Stender*



.ausgestrahlt braucht Deine Unterstützung

.ausgestrahlt recherchiert, was hinter den Atomplänen in den Nachbarländern steckt, und macht sichtbar, was auf dem Spiel steht. Wir klären auf über aktuelle Hypes wie SMR und Kernfusion. Wir vernetzen uns mit Initiativen in den Grenzregionen und Nachbarländern und unterstützen Menschen, die sich vor Ort gegen Laufzeitverlängerungen und neue AKW wehren. Und wir mischen uns politisch ein: Wir fordern Mitsprache und öffentliche Debatte bei allen grenznahen Atomprojekten ein. Und wir machen Druck auf die Bundesregierung, sich in Brüssel klar gegen Atomkraft zu positionieren und zu verhindern, dass EU-Gelder für Atomprojekte verschwendet werden.

Die einflussreiche Atomlobby wird nicht einfach aufgeben. Unsere Arbeit braucht einen langen Atem. Bitte sei dabei, indem Du .ausgestrahlt mit einer regelmäßigen Spende unterstützt. Jeder Beitrag, ob groß oder klein, hilft, den falschen Versprechen der Atomlobby Fakten entgegenzusetzen.

Als Dankeschön gibt es kleine Geschenke und attraktive Preise für alle, die .ausgestrahlt neu fördern oder ihren Förderbeitrag erhöhen.

Geschenk!







Wer .ausgestrahlt mit mindestens 10 Euro/Monat neu fördert oder seine Unterstützung erhöht, bekommt:

- **Buch „Kurzschluss "** von Claudia Kemfert, oder
- **Buch „Die Gewerkschafterin"** von Caroline Michel-Aguirre, oder
- **Anti-Atom-Fahne**

Gewinn!









Alle neuen Förder*innen und alle, die ihren bisherigen Beitrag erhöhen, nehmen zudem an einer Verlosung teil:

- **3 × 1 Rucksack** von **Patagonia,**
- **2 × 1 Gutschein** von **Werkhaus** über 50 Euro, gültig für Bestellungen ab 50 Euro, einlösbar bis 31.10.2027 unter werkhaus.de/shop
- **2 × 1 Gutschein für Ökostrom** von den **Elektrizitätswerken Schönau** (EWS) im Wert von 200 Euro, nur anrechenbar auf EWS-Stromrechnung
- **1 × 1 Gutschein für 2 Nächte im wendländischen Bio-Hotel „Kenners Landlust"**, 2 Pers., HP, außerhalb der Ferienzeiten, Anreise auf eigene Kosten.

Teilnahmebedingungen (Verlosung): Teilnahmeberechtigt sind Personen ab 18 Jahren, die zwischen 24.09.26 und 04.01.27 neu Förder*in werden oder ihren bisherigen Förderbeitrag erhöhen. Mitarbeitende von .ausgestrahlt sind ausgeschlossen. Die Teilnahme ist per Brief, Fax oder unter **ausgestrahlt.de/foerdern** möglich. Einsendeschluss: 04.01.27. Die Preise werden ausgelost und an die Gewinner*innen übermittelt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Veranstalter: .ausgestrahlt e.V. Hinweise zum Datenschutz: **ausgestrahlt.de/datenschutz**

.ausgestrahlt dankt für die gespendeten Verlosungsgeschenke!

Schweizer Atomk(r)ampf

Hintergrund | Gekaufte Unterschriften, hohle Finanzversprechen und eine Abstimmungsfarce im Parlament: Wie ein Schweizer Multimillionär und ein Atomlobby-Minister den Volksentscheid zum Atomausstieg in der Schweiz aushebeln wollen



18. Juni 2026. Er soll es bloß nicht nochmal wagen! Minutenlang nehmen Abgeordnete der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) den Abweichler aus ihrer Fraktion in die Mangel. Dem Atomprojekt des eigenen Energieministers Albert Rösti seine Stimme verweigern, wie Daniel Sormanni es getan hat? Das darf nicht noch einmal passieren – gopferdelli!

Rösti will das Neubauverbot für AKW kippen. Nur drei Tage zuvor aber endet der erste Anlauf mit einer Klatsche für den Energieminister: Mit 100 zu 97 Stimmen bestimmt der Nationalrat, die große Kammer des Schweizer Parlaments, dass zuerst mal geklärt werden solle, wer eigentlich für die neuen AKW zahlen soll. Rösti nimmt so etwas persönlich.

„Der Druck war zu groß"

Im Ständerat, der kleinen Kammer, wo der Antrag nun landet, soll die Schmach der Niederlage so schnell wie möglich getilgt werden. Schon am nächsten Morgen verspricht Rösti, bis Jahresende „freiwillig" einen Finanzierungsbericht vorzulegen, mit „hypothetischen" Angaben. Die kleine Kammer, gespickt mit Atomfans, stimmt zu. Damit ist, nur zwei Tage später, der Nationalrat wieder am Zug. Dort haben sich die Mehrheitsverhältnisse auf wundersame Weise gedreht: Sowohl Sormanni als auch die zweite SVP-Abweichlerin stimmen nun in Röstis Sinne: Der Antrag, erst einmal zu klären, wer für neue AKW bezahlen müsste, wird so mit 100:98 Stimmen abgeblockt. In der Live-Übertragung ist zu sehen, wie eine der SVP-Parteigrößen Sormanni jovial die Schulter tätschelt. „Brav, mein Junge", meint man auf ihren Lippen lesen zu können. Ein Grinsen erscheint auf Röstis Gesicht. Sormanni schweigt. Erst im Anschluss an die Sitzung beschwert er sich öffentlich über die rüden Methoden seiner Fraktionskolleg*innen: „Der Druck war zu groß."

Das Atom-Aus und der Multimillionär

2011. Der Tsunami, der im japanischen AKW Fukushima zur Kernschmelze in mehreren Reaktoren führt, schlägt selbst im weit entfernten Bern hohe Wellen. Nur drei Tage nach der Katastrophe legt Energieministerin Doris Leuthard (Mitte) die geplanten AKW-Neubaupläne auf Eis. Zwei Monate später entscheidet die Schweizer Regierung: Die bestehenden AKW sollen nicht durch neue ersetzt werden. 2017 stimmt die Schweizer Bevölkerung dem als Teil der Energiestrategie 2025 in einer Volksabstimmung mit 58 Prozent zu – und erklärt die Atomkraft in der Schweiz damit zum Auslaufmodell.

In der Schweizer Politik ist es Usus, einen Volksentscheid langfristig zu respektieren. Nicht so, wenn es um Atomkraft geht und gegen den Willen eines finanzkräftigen Clans. Die Zürcher Familie Aegerter wirbt seit Jahren mit missionarischem Eifer für eine Rückkehr zur Atomkraft – und investiert Millionen, um ihr Wunschprojekt auf die politische Bühne zu tragen.

Illegaler Stimmenkauf?

Mit dem Ziel, eine neue Volksabstimmung auf den Weg zu bringen, gründen die Aegerters gemeinsam mit Verbündeten aus FDP- und SVP-Kreisen den „Energie Club Schweiz". Um die erforderlichen 100.000 Unterschriften zusammenzukriegen, kaufen sie bei den Sammel-Profis von Incop Schweiz 10.000 Unterschriften ein – für den Rekordpreis von 7,50 Franken pro Signatur, weil kaum jemand unterschreiben will.

„Profis" ist hier allerdings in Anführungszeichen zu verstehen. Nur wenige Monate später bricht der „Unterschriftenbschiss"-Skandal los:

Diverse Dienstleister, darunter auch Incop, sollen für verschiedene Initiativen Unterschriften nicht nur gesammelt, sondern auch gefälscht haben. Die Regierung selbst hat deswegen Anzeige erstattet. Unter anderem im Zusammenhang mit der Initiative „Blackout stoppen“ leitet die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren ein: Bei keiner anderen Initiative sollen mehr Unterschriften gefälscht worden sein.

Doch wer glaubt, dass die Regierung die unter Verdacht stehenden Initiativen nun zumindest suspendieren würde, bis die Vorwürfe geklärt sind, hat sich mit einem Schweizer Taschenmesser geschnitten: Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen ziehen sich seit Jahren hin – während die Politik, unter Verweis auf die noch laufenden Ermittlungen, weitermacht, als ob es keine Fälschungen gegeben hätte.

Atomlobby mit Ministeramt

Auch Energieminister Rösti, einst Präsident des Schweizer Atomlobbyvereins AVES sowie des Fossillobbyverbands Swissoil, verliert keine Zeit. Im August 2024, nur wenige Wochen vor Bekanntwerden des Skandals, stimmt er dem Anliegen des Energie Clubs zu. Zahlreichen kritischen Stellungnahmen von Umweltverbänden, Energieunternehmen und Kantonen zum Trotz präsentiert er dem Parlament seinen „indirekten Gegenvorschlag“, der das AKW-Neubauverbot streichen und damit neue AKW ermöglichen soll.

Schon im zuständigen Ausschuss tauchen Fragen zur Finanzierbarkeit der Atomfantasien auf. Den kritischen Bericht der Finanzkommission wischt der Ausschussvorsitzende – ebenfalls AKW-Fan – allerdings kurzerhand vom Tisch. Mitte Juni 2026 landet Röstis Gesetzesvorschlag so im Nationalrat.

Abstimmen, bis es passt

Dass Finanzierungsfragen seinen Vorschlag dort stoppen, konnte Rösti gerade noch verhindern, siehe oben. Nun aber bringt ein AKW-kritischer Abgeordneter der Mitte-Partei – das in der Atomfrage gespaltene Schweizer Pendant zur CDU – einen neuen Änderungsantrag ein: Bis 2035 solle ein Moratorium gelten. Sormanni stimmt prompt wieder mit Enthaltung – und das Moratorium kommt mit 99:98 Stimmen durch. Eine erneute Klatsche für den SVP-Energieminister! Die Atomfans sehen Rot.

Einer der SVPler, der Sormanni zuvor schon ins Gebet genommen hat, redet barsch auf ihn ein. Dann geht er zum Parlamentspräsidenten, ebenfalls ein SVPler. Der erteilt ihm das Wort: „Der Kollege hier vorne hat sich ‚verdrückt‘“, moniert der Beschwerdeführer. Sormanni habe die „falsche Taste“ gedrückt. Weshalb die Abstimmung wiederholt werden solle.

Verwirrung im Saal. Eine Abstimmung wiederholen, weil sich ein Abgeordneter beschwert, dass ein anderer Abgeordneter „falsch“ abgestimmt habe? – Der Antrag geht durch.

Die Abstimmung wird wiederholt. Sormanni drückt diesmal brav auf „Nein“. Und da ein AKW-kritischer Abgeordneter in der Zwischenzeit abgereist ist, lautet das neue Ergebnis nun 98:99 – das Moratorium ist abgebügelt. Röstis Gesetzentwurf kommt unverändert durchs Parlament.

Realität und Referendum

Ob das AKW-Neubauverbot tatsächlich aufgehoben wird, ist offen. Atomkraftgegner*innen haben das Referendum ergriffen, das letzte Wort hat am 28. Februar das Schweizer Stimmvolk.

Unabhängig davon ändert das Gesetz des Atomlobby-Ministers keine energiepolitischen Realitäten. AKW sind die teuerste Art, Strom zu erzeugen. Im Energiesystem der Zukunft, das von erneuerbaren Energien dominiert wird, gibt es für 24/7-Bandenergie aus AKW schlicht keinen Platz mehr. Auch in der Schweiz gibt es keine Investor*innen, die ihr Geld in einem AKW-Projekt versenken wollen; nicht einmal die bisherigen AKW-Betreiber selbst.

Röstis nukleare Nebelkerze hat vor allem einen Effekt: Sie lenkt ab von sinnvollen und realistischen Lösungen für die Energieversorgung von morgen. Was den Weg dafür bereitet, die beiden größten Schweizer AKW, Leibstadt und Gösgen, noch viele Jahrzehnte weiter zu betreiben – Rösti hat dies bereits als Ziel ausgegeben.

Die Bundesregierung und die Landesregierung von Baden-Württemberg sollten der Schweiz deshalb jetzt aktiv eine Energiewende-Partnerschaft anbieten. Die Vorteile beider Länder – periodische Windkraftüberschüsse aus Deutschland im Winterhalbjahr und riesige flexible Speicherkapazitäten in der Schweiz – ließen sich für eine sichere und günstige Stromversorgung beiderseits der Grenze verknüpfen. Zusammen mit festen Abschaltdaten für alle vier Schweizer AKW würde dies Investitionsanreize für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in beiden Ländern schaffen. Zugleich würde es das Atomrisiko, das von den Schweizer Uralt-Reaktoren ausgeht, wirksam reduzieren und zeitlich begrenzen.

Armin Simon, .ausgestrahlt
Stephanie Eger, TRAS

80 Jahre

Parallel zum Plan, das AKW-Neubauverbot zu kippen, will der Schweizer Energieminister den Weg ebnen, um die schon mehr als 40 Jahre alten Schweizer AKW bis zu 80 Jahre lang zu betreiben. Im August stimmte der Energieausschuss des Ständerats dafür, den Betreibern staatliche Entschädigungen zu gewähren, sollte der **Überzeitbetrieb** unwirtschaftlich werden – etwa weil die AKW mit günstigen erneuerbaren Energien nicht konkurrieren können.

Q: Schweizerische Energie-Stiftung, 21.08.2026

125.000 Namen

Das Bündnis „Nein zu neuen AKW“ reicht am 6. Oktober **mehr als 125.000 Unterschriften** ein. Das sind mehr als doppelt so viele wie für ein Referendum über Röstis Gesetzentwurf nötig – gesammelt von Freiwilligen binnen weniger Wochen, ganz ohne bezahlte Dienstleister und Fälschungen. Abgestimmt wird am 28. Februar 2027. **neue-akw-nein.ch**

35.000.000 m^3

Fast 140 Millionen Kubikmeter Wasser entnehmen die Schweizer AKW Gösgen und Leibstadt jedes Jahr aus Aare und Rhein. Rund ein Viertel davon, mehr als 35 Millionen Kubikmeter, **verdunstet in den Kühltürmen** und gelangt so nicht zurück in den Fluss. Das ist in etwa so viel, wie die gesamte Schweizer Landwirtschaft in einem trockenen Jahr für Bewässerung benötigt, und ein Vielfaches ihres Bedarfs in einem nassen Jahr.

Q: Greenpeace Schweiz 2026

45.000.000.000

Der Bau eines neuen AKW würde mit 15 bis 45 Milliarden Schweizer Franken zu Buche schlagen und wäre nur mit wesentlicher **staatlicher Unterstützung** finanzierbar. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der Akademien der Wissenschaften Schweiz.

Q: Akademien der Wissenschaften Schweiz 2026



Foto: Urgewald

Protest bei der Frühjahrstagung der Weltbank im April in Berlin

Finanzierungsgehilfen

Hintergrund | Multilaterale Banken wie die Weltbank unterstützen Investitionen in weiten Teilen der Welt. Nun wollen sie wieder Atomprojekte fördern – mit Steuergeldern auch aus Deutschland

Die Atomlobby hat ihre Chance genutzt – mit Hilfe von Donald Trump. Kaum war dieser Anfang 2025 erneut an der Macht, übte er umgehend Druck auf die Weltbank aus. Am 11. Juni 2025 verkündete Weltbank-Präsident Ajay Banga, dass sich die Bank wieder für die Finanzierung von Atomkraft öffnen werde. So endete ein jahrzehntelanger Ausschluss von Atomenergie.[1] Damit vollzog die größte multilaterale Bank eine historische Kehrtwende in ihrer Energiepolitik. Noch im gleichen Jahr folgte die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und im Juni 2026 die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB).

Multilaterale Banken werden über Steuergelder ihrer Mitgliedsländer finanziert. Daher ist eine solche Unterstützung durch öffentliche Mittel für die Atomindustrie von großer Bedeutung.

Was sind multilaterale Banken?

Multilaterale Banken wurden von Staaten gegründet, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in bestimmten Regionen gemeinsam zu fördern. Mit Krediten, Garantien und weiteren Finanzinstrumenten können sie Projekte direkt fördern sowie private Investitionen absichern und unterstützen. Für die Unternehmen sinkt damit das Investitionsrisiko.

Multilaterale Banken spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung globaler Investitionspfade. Ihr öffentliches Mandat besteht darin, günstiges Kapital zu mobilisieren, und zwar auf eine Weise, die wirtschaftlich fundiert, ökologisch verantwortungsvoll und sozial gerecht ist. Die Unterstützung von Atomkraft wird diesem Mandat nicht gerecht.

In Deutschland werden die Mittel für die meisten multilateralen Banken über das Budget des Entwicklungsministeriums (BMZ) vergeben und durch einen deutschen Vertreter im Aufsichtsrat kontrolliert. Die Parlamente hingegen haben nur indirekt Einfluss, beispielsweise über das Haushaltsverfahren, und müssen Informationen gezielt einfordern.

Weltbank öffnet die Büchse der Pandora

Weltbank-Präsident Banga ließ im Aufsichtsrat nicht über die Kehrtwende hin zur Atomkraft abstimmen. Die Anteilseigner der Bank

urgewald

urgewald ist eine Umwelt– und Menschenrechtsorganisation, die seit mehr als 30 Jahren die Politik der Weltbank begleitet, seit langem auch die der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) und der Asiatischen Infrastruktur Investitionsbank (AIIB).



Der englische **Report „Debt, Delays, Dependencies“** von urgewald und Ecodefense erläutert, warum öffentliche Banken Atomkraft nicht unterstützen sollten. Download unter **urgewald.org**

1 Das Verbot bestand seit 2013, de facto hatte die Weltbank jedoch seit 1959 keine Atomprojekte mehr unterstützt. Apollo News, 13.06.2026
2 World Nuclear Industry Status Report 2026.
3 BRICS Joint information Portal, 08.07.2026.
4 Reuters, 20.05.2026.
5 Bretton Woods Project, 15.07.2026.
6 European Investment Bank, 15.07.2026.
7 European Investment Bank, 15.07.2026.
8 tagesschau.de, 13.08.2026.

wurden lediglich über die Entscheidung informiert. Deutschland, das als viertgrößter Anteilseigner durchaus Einfluss hat, und Österreich unterstützten diese Öffnung nicht. Trotzdem konnte die Bundesregierung den Richtungswechsel nicht verhindern. Zumal andere europäische Länder wie Frankreich, Großbritannien und Ungarn in der Frage der Atomfinanzierung längst Druck auf die Weltbank ausgeübt hatten.

Schon 2022 erklärten auf der UN-Klimakonferenz (COP28) mehr als 20 Staaten, ihre Atomkapazitäten bis 2050 verdreifachen zu wollen; weitere folgten. Ihnen kommt der Kurswechsel der Weltbank äußerst gelegen. Über multilaterale Banken können nun Steuergelder in Projekte fließen und private Unternehmen ihr finanzielles Risiko mindern. Durch ihre hohe Kreditwürdigkeit können multilaterale Banken oft günstigere Kredite anbieten, zudem vermitteln sie Verlässlichkeit, die bei teuren Atomprojekten mit langen Bauzeiten und Konkurrenz zu günstigen erneuerbaren Energien meist nicht gegeben ist. So wird Atomkraft für Investor*innen wieder lukrativer.

Steuergelder fürs atomare Risiko

Die Kehrtwende von Weltbank, ADB und IDB geschieht in einer Zeit, in der so viele AKW in Bau sind wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Ein knappes Dutzend Länder liebäugelt mit einem Einstieg in die Atomkraft oder hat bereits erste Projekte begonnen.[2] Russland und China finanzieren weltweit neue Reaktoren mit Staatskrediten.[3] Inzwischen sind Anfragen aus Ländern wie Südafrika und Rumänien bei der Weltbank bekannt. Sie erhoffen sich von den multilateralen Banken eine solide Unterstützung für ihre Atomprojekte. Südafrika führt bereits erste Gespräche,[4] denn das staatliche Energieunternehmen Eskom plant eine massive Ausweitung der Atomenergie. Das Multi-Milliarden-Programm könnte bereits im nächsten Jahr starten. Zivilgesellschaftliche Organisationen warnen davor, dass die Projekte Südafrika jahrzehntelang an unerschwingliche Energiekosten, Schulden und Sicherheitsrisiken binden.[5] Welche weiteren Staaten mit der Weltbank bereits intern über Atomprojekte sprechen, macht die Bank nicht transparent.

Auch in Europa zeigt sich der politische Kurswechsel. Die Europäische Investitionsbank (EIB) unterstützt mit einem Kredit von 800 Millionen Euro die Erneuerung des rumänischen Atomkraftwerks Cernavodă, um die Laufzeit des 1996 in Betrieb gegangenen Blocks 1 um weitere 30 Jahre zu verlängern.[6] Noch Mitte Juli bescheinigte die EIB dem Vorhaben in einer Klima-Risikoanalyse, dass die „physischen Klimarisiken beherrschbar sind" und es „keine wesentlichen Einschränkungen hinsichtlich der Klimaresilienz"[7] gäbe. Am 28. Juli musste der Reaktor dann abgeschaltet werden, da die Donau aufgrund der Hitzewelle zu wenig Wasser für die Kühlung der Reaktoren führte.[8]

Mindestforderung: harte Auflagen

Derzeit erscheint es kaum realistisch, dass multilaterale Banken die Finanzierung von Atomkraft wieder prinzipiell ausschließen. Umso wichtiger ist es, harte Auflagen durchzusetzen. So muss eine Preisobergrenze für Atomenergieprojekte festgelegt werden. urgewald fordert, dass maximal zehn Prozent der angesetzten Kosten aus öffentlichen Mitteln der multilateralen Banken fließen dürfen. Öffentliche Gelder sollten zudem nur dann fließen dürfen, wenn zuvor unabhängig erstellte und öffentlich zugängliche Gutachten zur Wirtschaftlichkeit vorliegen. Diese müssen die zusätzlichen Kosten von Klimarisiken sowie Rückbau und Endlagerung berücksichtigen, aber auch auf die Verschuldungslage des Landes eingehen. Außerdem darf keine russische Technologie eingesetzt werden und es nicht zu Abhängigkeiten von anderen autoritären Regimen kommen. Schließlich müssen Informationen über geplante Atomprojekte, ihre Fortschritte und die Einschätzung ihrer Risiken öffentlich zugänglich sein, nur so ist eine Kontrolle möglich. Vorhaben, die diese Auflagen nicht erfüllen, dürfen keine öffentlichen Mittel von multilateralen Banken erhalten.

Ute Koczy, Merete Looft, Sarah Hilsenbeck
urgewald.org

Anzeige





Foto: Frobles / Wikimedia

Urankonversionsanlage Metropolis, heute Teil von Solstice Advanced Materials

Hirntumor um Urananlage

Radiotoxische Stoffe, die eine Urankonversionsanlage im Betrieb freisetzt, haben Teile der Stadt Metropolis (Illinois) kontaminiert und massive Gesundheitsschäden verursacht. Staatlichen Zahlen zufolge liegt die Hirntumor- und Lungenkrebsrate im County um etwa 50 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Schadensersatzklagen will das Unternehmen mit einem 80-Millionen-Dollar-Vergleich beilegen. Vertreter*innen der Kläger*innen bemängeln, dass dieser keine verschärften Auflagen für die Anlage enthalte und das Geld nicht einmal für eine Dekontamination der Gegend ausreiche. Die Fabrik wandelt Urankonzentrat („yellowcake“) in gasförmiges Uranhexafluorid (UF6) um. Als einzige solche Anlage in den USA ist sie für die Brennstoffversorgung der AKW von großer Relevanz. Sie will ihre Produktion ausweiten, was die Trump-Regierung mit 187 Millionen Dollar fördert; ein Teil davon soll in den Vergleich und die Anwaltskosten fließen. Q: Bloomberg, 29.09.2026

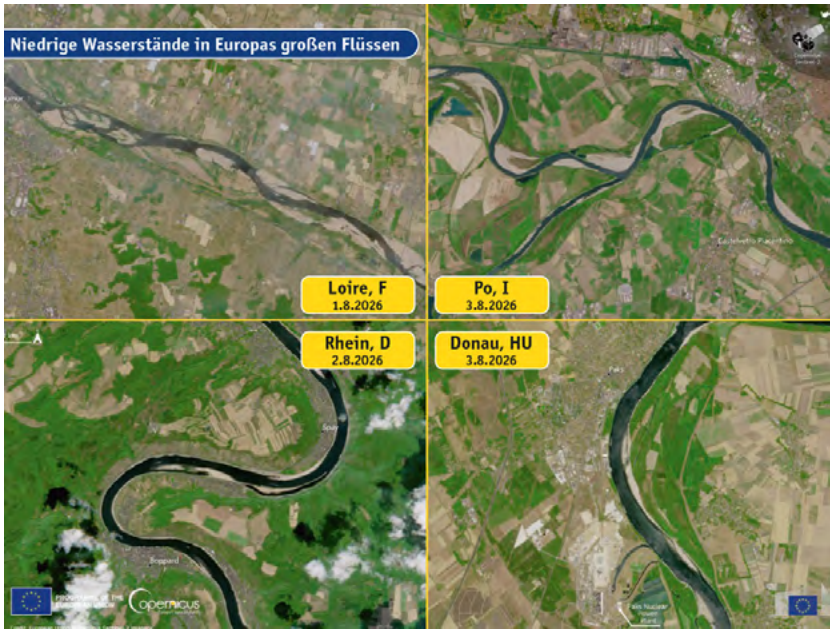


Foto: European Union, Copernicus Sentinel-2 imagery

Schiffe versenken

Zu heiß, zu trocken, zu wenig Kühlwasser: AKW in Europa ächzen in diesem Sommer unter der Rekordhitze. In Ungarn, Rumänien, Frankreich, Bulgarien und der Schweiz müssen Reaktoren wegen niedriger Flusspegel abgeschaltet oder gedrosselt werden. Zudem erzwingen Quallenschwärme im Ärmelkanal die Abschaltung mehrerer Reaktoren des AKW Gravelines – ein Phänomen, das durch den Klimawandel begünstigt wird.

Um das AKW Cernavodă ein paar Tage länger betreiben zu können, sprengt die rumänische Marine einen Felsen in der Donau und versenkt vier mit den Trümmern beladene Schiffe. Auch Ungarn versenkt Schiffe in der Donau, um den Wasserstand beim AKW Paks anzuheben. Eine dauerhafte künstliche Stufe im Flussbett soll künftig verhindern, dass dem AKW das Kühlwasser ausgeht – zum Ärger Österreichs, das Auswirkungen auf Schifffahrt und Gewässerökologie befürchtet.

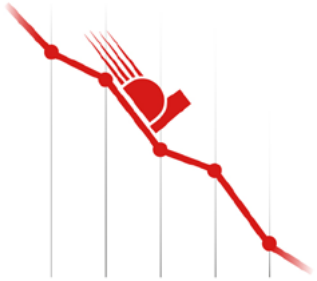
Q: Axpo 31.07.2026; AP 06.06.2026; Reuters 13.08.2026; EuroNews 18.08.2026; Der Standard 10.09.2026

AKW Almaraz: Länger laufen, mehr zahlen

Die Laufzeitverlängerung der beiden Reaktoren des AKW Almaraz bremst die Energiewende in Spanien aus und kommt Verbraucher*innen teurer als die ursprünglich geplante Abschaltung der Reaktoren 2027 und 2028. Das zeigt eine Simulation im Auftrag von Greenpeace Spanien. Demnach spart der im August genehmigte Weiterbetrieb bis 2030 zwar zunächst etwas Gas und drückt die Strompreise. Schon 2031 aber kehrt sich dieser Effekt um, weil die längere Laufzeit des AKW den Ausbau von günstigen erneuerbaren Energien und Speichern ausbremsen wird. Allein bis 2033 müssen Verbraucher*innen so bis zu 3,8 Milliarden Euro mehr für ihren Strom bezahlen. Auch der CO_2-Ausstoß liegt über den gesamten Zeitraum um 5,8 bis 12,3 Millionen Tonnen höher. Mit der früheren Abschaltung von Almaraz hätten außerdem jährlich 3,8 Milliarden Kilowattstunden Ökostrom genutzt werden können, der wegen fehlender Netz- und Speicherkapazitäten verloren geht. *Q: Greenpeace, 2026*



Foto: Frobles / Wikimedia



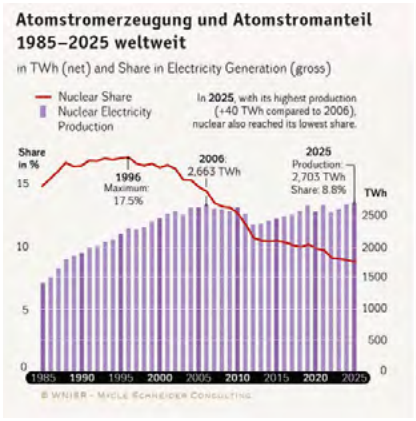
Small Börsencrash Reaktor

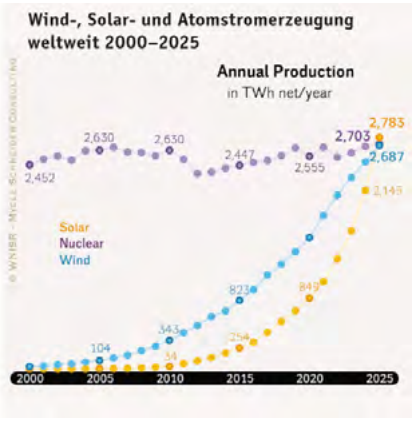
Der Börsenhype um kleine Atomreaktoren bekommt einen kräftigen Dämpfer: Die Aktien mehrerer US-Unternehmen, die solche Reaktoren entwickeln wollen, brechen massiv ein. NuScale, Oklo und Nano Nuclear haben seit ihrem Börsenhoch im November 2025 insgesamt 30,3 Milliarden Dollar an Börsenwert verloren. Die Unternehmen machen kaum Umsatz und haben bislang keinen kommerziell laufenden Reaktor entwickelt. Anleger*innen, die auf fallende Kurse gesetzt haben, verdienen an dem Absturz rund 2,1 Milliarden Dollar. *Q: FR, 20.08.2026*

Atomstromanteil weiter gesunken

Atomkraft verliert weltweit weiter an Bedeutung. Zwar stieg die Stromerzeugung aus Atomkraft 2025 leicht um 1,1 Prozent. Die Solarstromerzeugung jedoch wuchs im selben Zeitraum um 30 Prozent. Der Anteil der Atomkraft am weltweiten Strommix sank deshalb auf 8,8 Prozent, den niedrigsten Wert seit rund 45 Jahren. Der geringe Zuwachs beim Atomstrom kommt allein aus China. Außerhalb der Volksrepublik ging die Atomstromerzeugung sogar leicht zurück. Sonne und Wind lieferten 2025 zusammen mehr als doppelt so viel Strom wie alle Atomkraftwerke zusammen.

Q: WNISR 2026





Grafiken: WNISR 2026

Dein Vermächtnis: *Atomkraft – nie wieder!*

ATOMKRAFT? NIE WIEDER!



Kostenlose Infoveranstaltung (online)

Erbschaftsrecht und Testament

18. November | 17 Uhr

mit Anwältin Dr. Nadja Sievers

Anmeldung über:
carolin.franta@ausgestrahlt.de

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



Foto: Alioksandr Manko/Adobe Stock

Das Innere eines Kernfusionsreaktors: Sieht futuristisch aus. Sollte es vielleicht auch bleiben.

Zündprobleme

Fragen & Antworten | Wind und Sonne liefern längst Strom im großen Maßstab. Trotzdem wird die Kernfusion wieder zur Zukunftshoffnung erklärt. Kann sie wirklich zu Energiesicherheit und Klimaschutz beitragen?

Zahlreiche Politiker*innen und Teile der Medien vermitteln aktuell den Eindruck, Kernfusion könne eine Lösung sein für Klimakrise und Energieknappheit. Start-ups drängen in den Markt, Investor*innen stecken Geld in die Branche, und die Politik heizt in vielen Staaten den Hype kräftig mit an. Die Bundesregierung will das erste Fusionskraftwerk der Welt in Deutschland errichtet sehen und hat dafür das 1,7 Milliarden Euro schwere Förderprogramm „Fusion 2040" aufgelegt. Und während Deutschland über marode Brücken, Schienen und Stromnetze diskutiert, sollen weitere 755 Millionen Euro aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz in den Bau von Fusionsanlagen fließen.

Was steckt hinter dem Fusionshype?

Dass viel Geld in die Fusionsforschung fließt, sagt nichts darüber aus, ob und wann daraus jemals wirtschaftlich konkurrenzfähige Kraftwerke entstehen.

Im Zusammenhang mit der Kernfusion wird häufig über Weltrekorde und vermeintliche Durchbrüche berichtet. Oft stehen Interessen dahinter: Start-ups wollen Investor*innen gewinnen, Forschungseinrichtungen brauchen Fördermittel, und politische Akteur*innen möchten ihre Technologiepolitik als zukunftsweisend präsentieren. Für Außenstehende ist oft schwer einzuschätzen, was solche Meldungen tatsächlich über den Entwicklungsstand aussagen.

Ein Beispiel: 2022 meldete die National Ignition Facility in den USA einen „Durchbruch": Mit 2,05 Megajoule auf den Fusionsbrennstoff gerichteter Laserenergie wurden etwa 3,15 Megajoule Fusionsenergie erzeugt. Kaum erwähnt wurde, dass die Laseranlage dafür rund 300 Megajoule Netzstrom benötigte – fast 100-mal so viel wie die erzeugte Fusionsenergie.

Wie weit ist Kernfusion tatsächlich?

Auf dem Weg zu einem Fusionskraftwerk stehen Forscher*innen und Entwickler*innen noch vor entscheidenden technischen Hürden. **Einige von ihnen werden darüber entscheiden, ob sich Kernfusion überhaupt als Energiequelle nutzen lässt.** Einige Beispiele:

- **Nettoenergieertrag:** Zwar wurde bei einzelnen Experimenten mehr Fusionsenergie freigesetzt, als unmittelbar in den Brennstoff eingebracht wurde. Die Anlage selbst aber verbrauchte stets deutlich mehr Energie, als sie erzeugte.
- **Materialbelastung:** Energiereiche Neutronen belasten die Reaktorwände stark und machen Materialien radioaktiv. Werkstoffe, die den extremen Bedingungen über lange Zeit standhalten, sind bisher nicht verfügbar.
- **Plasmakontrolle:** Ein Plasma von mehr als 100 Millionen Grad Celsius stabil einzuschließen und dauerhaft zu kontrollieren, ist eine große – und bisher ungelöste – Herausforderung der Magnetfusion.

Sonne und Erde

Im Inneren der Sonne sind Temperatur, Druck und Dichte so hoch, dass Atomkerne miteinander verschmelzen. Die Fusionsenergie, die dabei frei wird, gelangt als Licht und Wärme auf die Erde – wo wir sie **mit erneuerbaren Energien heute schon sehr günstig nutzen**.

Die Kernfusion versucht, die Prozesse von der Sonne auf der Erde nachzubilden. Bei Temperaturen von über 100 Millionen Grad Celsius sollen zumeist die Wasserstoffisotope Deuterium und Tritium zu Helium verschmelzen. Ein kleinerer Teil der freigesetzten Wärme soll mit Hilfe von Wasserdampfturbinen und Generatoren in Strom umgewandelt werden.

Bei der **Magnetfusion** wird ein Gas aus Wasserstoffisotopen stark erhitzt. Es entsteht ein Plasma, das starke Magnetfelder von den Reaktorwänden fernhalten. Bekannte Experimentalanlagen sind der internationale Forschungsreaktor ITER in Südfrankreich und der Stellarator Wendelstein 7-X am Max-Planck-Institut in Greifswald.

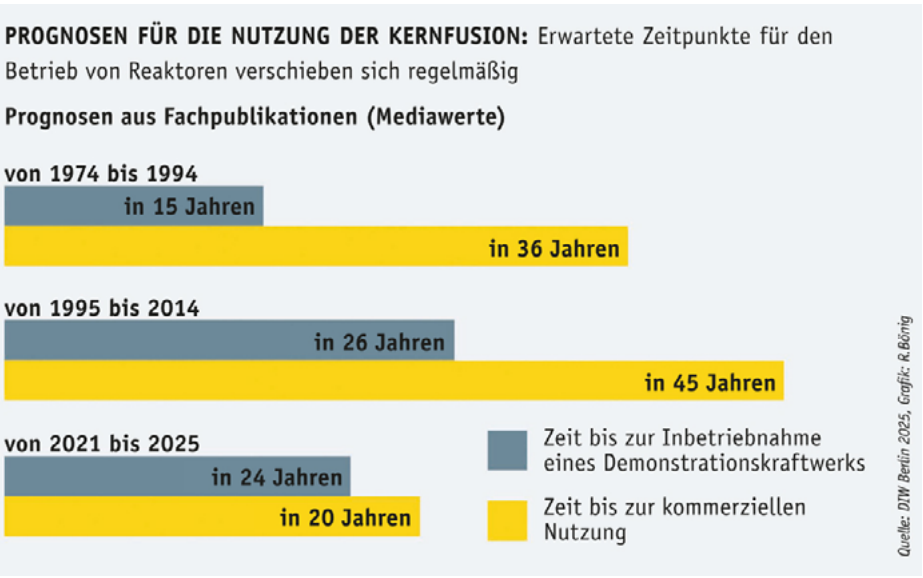
Bei der **Trägheitsfusion** wird eine winzige Brennstoffkapsel für einen sehr kurzen Moment extrem zusammengedrückt – meist mit starken Lasern, deshalb spricht man auch von Laserfusion.

- **Brennstoffversorgung:** Das als Fusionsbrennstoff angedachte Tritium kommt in der Natur kaum vor. Ein Reaktor müsste es deshalb selbst „erbrüten“. Einen Brennstoffkreislauf für den Kraftwerksbetrieb gibt es bislang nicht.

Wird es bald Kernfusionskraftwerke geben?

Es ist völlig offen, wann – und ob überhaupt – jemals Kernfusionskraftwerke gebaut werden. Kernfusion gilt seit Jahrzehnten als angebliche „Energie der Zukunft“. Die Prognosen für eine mögliche kommerzielle Nutzung der Technik verschieben sich aber ebenfalls seit Jahrzehnten nach hinten. Ankündigungen mancher Fusions-Start-ups für erste Fusionskraftwerke bereits in den 2030er Jahren sind entsprechend skeptisch zu beurteilen.

Das Beispiel ITER zeigt besonders anschaulich, wie unzuverlässig solche Prognosen sind: Die internationale Fusionsanlage wird seit Jahrzehnten geplant und gebaut. Ursprünglich sollte sie rund 5 Milliarden Euro kosten, inzwischen sind die Kosten auf deutlich über 20 Milliarden Euro gestiegen – auch weil sich der Zeitplan immer wieder um Jahre verschiebt. Strom erzeugen wird die Anlage selbst dann nicht, wenn sie funktioniert. Um die Stromerzeugung im Kraftwerksbetrieb nachzuweisen, wären anschließend weitere Großprojekte nötig.



Wie sauber und sicher ist Kernfusion?

Im Vergleich zur Kernspaltung hat Kernfusion einen entscheidenden Sicherheitsvorteil: Eine sich selbst erhaltende Kettenreaktion wie in einem AKW gibt es nicht. Die Fusion bricht ab, sobald die erforderlichen Bedingungen nicht mehr gegeben sind.

Risiken bleiben trotzdem: Bei der Fusion kommt radioaktives Tritium zum Einsatz, das sich nur schwer zurückhalten lässt. Zudem müssten die Wände eines Fusionsreaktors in einem Kraftwerk regelmäßig ausgetauscht und als radioaktiver Abfall „entsorgt“ werden.

Soll Kernfusion Teil einer zukünftigen Energieversorgung sein, muss sie sich zudem am heutigen Stand der Technik im Energiesystem messen lassen. Wind und Sonne sind sicher und längst im großen Maßstab einsetzbar – ganz ohne radioaktive Brennstoffe, strahlende Abfälle und gigantische Mengen Abwärme.

Kann Kernfusion zur Verbreitung von Atomwaffen beitragen?

Ja. Bestimmte Technologien und Materialien aus der Fusionsforschung sind für militärische Anwendungen relevant. Tritium, ein Bestandteil des Fusionsbrennstoffs, wird auch in Atomwaffen eingesetzt. Und die bei der Fusion entstehenden Neutronen könnten grundsätzlich dafür genutzt werden, aus Uran den Bombenstoff Plutonium zu erzeugen. Gerade die Entwicklung der Laserfusion ist historisch eng mit der Forschung an Wasserstoffbomben verbunden.

Wird Kernfusion günstigen Strom liefern?

In absehbarer Zeit wird Kernfusion überhaupt keinen Strom liefern. Sollte sie eines



Tages marktreif werden, wäre der Strom wohl erstmal teuer: Die Technologie wäre neu, hochkomplex und würde enorme Investitionen erfordern. Die langfristige Kostenentwicklung lässt sich heute kaum seriös vorhersagen. Klar ist aber: Sollte es soweit kommen, müssten sich Fusionskraftwerke gegen Technologien behaupten, die bereits heute sehr günstig Strom liefern.

Kann der Kernfusionshype den Klimaschutz ausbremsen?

Ja, die Gefahr besteht: Der Hype bindet nicht nur Geld, das anderswo sinnvoller investiert wäre, sondern auch politische Aufmerksamkeit. Schon die Diskussion um die Kernfusion kann Zweifel an der Energiewende schüren und den dringend notwendigen Umbau des Energiesystems verlangsamen. Dabei ist nicht zu erwarten, dass die Kernfusion in den kommenden Jahrzehnten in relevantem Umfang Emissionen einspart. Träume von Kernfusion lenken daher von echten Lösungen ab.

Warum wird Kernfusion trotzdem so gehypt?

Kernfusion hat eine starke Anziehungskraft, weil sie die Hoffnung bedient, mit einer scheinbar einfachen Lösung alle Energieprobleme der Welt zu lösen und unermesslich viel klimafreundliche und günstige Energie bereitzustellen. Gleichzeitig erlaubt sie es Politiker*innen, sich als handlungsfähig zu präsentieren, ohne die drängenden Fragen der Gegenwart zu lösen – und sich an konkreten Ergebnissen messen lassen zu müssen.

Was braucht es stattdessen?

Für den Klimaschutz ist entscheidend, dass die CO_2-Emissionen schnell sinken. Der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien sowie Investitionen in moderne Stromnetze, Speichertechnologien und Energieeffizienz sind die Grundlage für eine erfolgreiche Energiewende und wirksamen Klimaschutz. Auf Kernfusion zu warten, hieße, die Klimakrise ungebremst weiterlaufen zu lassen – mit katastrophalen Folgen.

Anna Stender

Protestmails, Klage und Eilantrag gegen organisierte Verantwortungslosigkeit

Trotz Tausender Einwendungen und dezidierter Warnungen von Sicherheitsexpert*innen genehmigen Bundesregierung und niedersächsische Atomaufsicht Ende Juli den umstrittenen Einstieg des russischen Atomkonzerns Rosatom in die Brennelementefertigung in Lingen. .ausgestrahlt und BUND reichen dagegen im September Klage ein. Damit liegt das Projekt erst einmal auf Eis.

Mitte September wenden sich nach einem Aufruf von .ausgestrahlt fast 2.000 Menschen per E-Mail an den Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrats, Bundeskanzler Merz. Sie fordern, die mögliche Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands nicht länger auszublenden. Die Bundesregierung weigert sich allerdings, ihre Sicherheitseinschätzung zu überprüfen; das niedersächsische Umweltministerium bewilligt sogar den Sofortvollzug des Hochrisikoprojekts. Um zu verhindern, dass Rosatom und Framatome in Lingen Fakten schaffen, bevor über die Klage entschieden ist, ziehen BUND und .ausgestrahlt mit einem Eilantrag abermals vor Gericht. Der Ausgang war bei Redaktionsschluss noch offen.





Foto: Bettina Ackermann / .ausgestrahlt

Liebesgruß aus Moskau? Putin-Darsteller bei einer Protestaktion gegen die Genehmigung am 28. August am Rathaus in Lingen

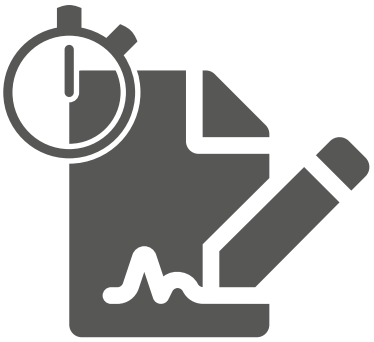




Foto: BI Lüchow-Dannenberg

Zwischenlager für Jahrzehnte? So nicht!

Ein umfassendes Sicherheitskonzept für die jahrzehntelange Zwischenlagerung des Atommülls fordert .ausgestrahlt gemeinsam mit anderen Anti-Atom-Initiativen auf der Statuskonferenz Zwischenlagerung von Atommüll-Bundesamt (BASE) und Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) am 23. Juni in Berlin. Denn es wird noch Jahrzehnte dauern, bis ein tiefengeologisches „Endlager“ zur Verfügung steht – und weder Castorbehälter noch Zwischenlager sind für derart lange Zeiträume ausgelegt.

Atommüll auf Reisen

Sieben Castorbehälter mit hochradioaktivem deutschem Atommüll aus der Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield (UK) kommen im Juni in Brokdorf an. Deutschland nimmt damit eine vereinbarte Menge an Abfällen aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente zurück. Parallel dazu rollen bis Anfang Oktober 20 von 152 Castoren von Jülich nach Ahaus. Keiner der Transporte löst das Atommüll-Problem; .ausgestrahlt kritisiert sie als unnötiges zusätzliches Risiko. Begleitet werden sie von Protesten unter anderem in Jülich, Ahaus und Brokdorf.



Foto: castor-stoppen.de

Kernfusion? Atomgesetz!

Mit einer Änderung des Strahlenschutzgesetzes will die Bundesregierung Regeln für Kernfusionsanlagen aufstellen. In einer Stellungnahme macht .ausgestrahlt deutlich, dass das bei weitem nicht ausreicht. Wie für AKW braucht es auch für Kernfusionsanlagen, so es sie jemals geben sollte, strenge Regelungen für Sicherheit, Haftung, Stilllegung und den Umgang mit den radioaktiven Abfällen. Auch die Gefahr, dass in Fusionsanlagen waffenfähiges Material erzeugt und für militärische Zwecke abgezweigt werden könnte, gilt es zu berücksichtigen. Das Strahlenschutzgesetz deckt diese Bereiche nicht umfassend ab. Deshalb fordert .ausgestrahlt, die Kernfusion im Atomgesetz zu verankern.

Risiko ja, Mitsprache nein?

Ein Unfall im Schweizer AKW Leibstadt könnte Baden-Württemberg stärker treffen als die Schweiz selbst. Trotzdem verweigert die Eidgenossenschaft jede Mitsprache, wenn es um den Langzeitbetrieb des Uralt-AKW geht. Damit verstößt sie gegen internationales Recht. In einer .ausgestrahlt-Postkartenaktion fordern Hunderte Menschen die baden-württembergische Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) auf, in Berlin Druck zu machen: Die Bundesregierung muss jetzt ein Schiedsverfahren nach der Espoo-Konvention bei der UNO einleiten. Denn die Risiken alter Reaktoren dürfen nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden. Walker schreibt in einer ersten Reaktion, sie unterstütze eine Abschaltung der Schweizer AKW, verweist aber auf die Zuständigkeit Berlins. .ausgestrahlt bleibt weiter dran.





Foto: Daniel Schoenen

Wer schützt Dich, wenn's strahlt?

Mit mehr als zehn Jahren Verspätung stellen die Behörden in Baden-Württemberg Ende Juni eine aktualisierte Karte der Katastrophenschutzzonen um grenznahe AKW ins Netz. Erstmals ist so öffentlich sichtbar, wie weiträumig Gemeinden in Süddeutschland Vorbereitungen für einen Atomunfall in der Schweiz treffen müssen: von der Ausgabe von Jodtabletten bis zur Evakuierung. Auf Initiative von .ausgestrahlt fragen Hunderte Bürger*innen bei ihrer Gemeinde nach, wie diese auf eine solche Katastrophe vorbereitet ist. Zahlreiche Kommunen setzen das Thema daraufhin auf die Tagesordnung des Gemeinderats oder sagen öffentliche Infoveranstaltungen zu.

Ziehst Du um, teile uns Deine neue Adresse mit! Dieses Magazin wird trotz Nachsendeauftrag von der Post nicht weitergeschickt.



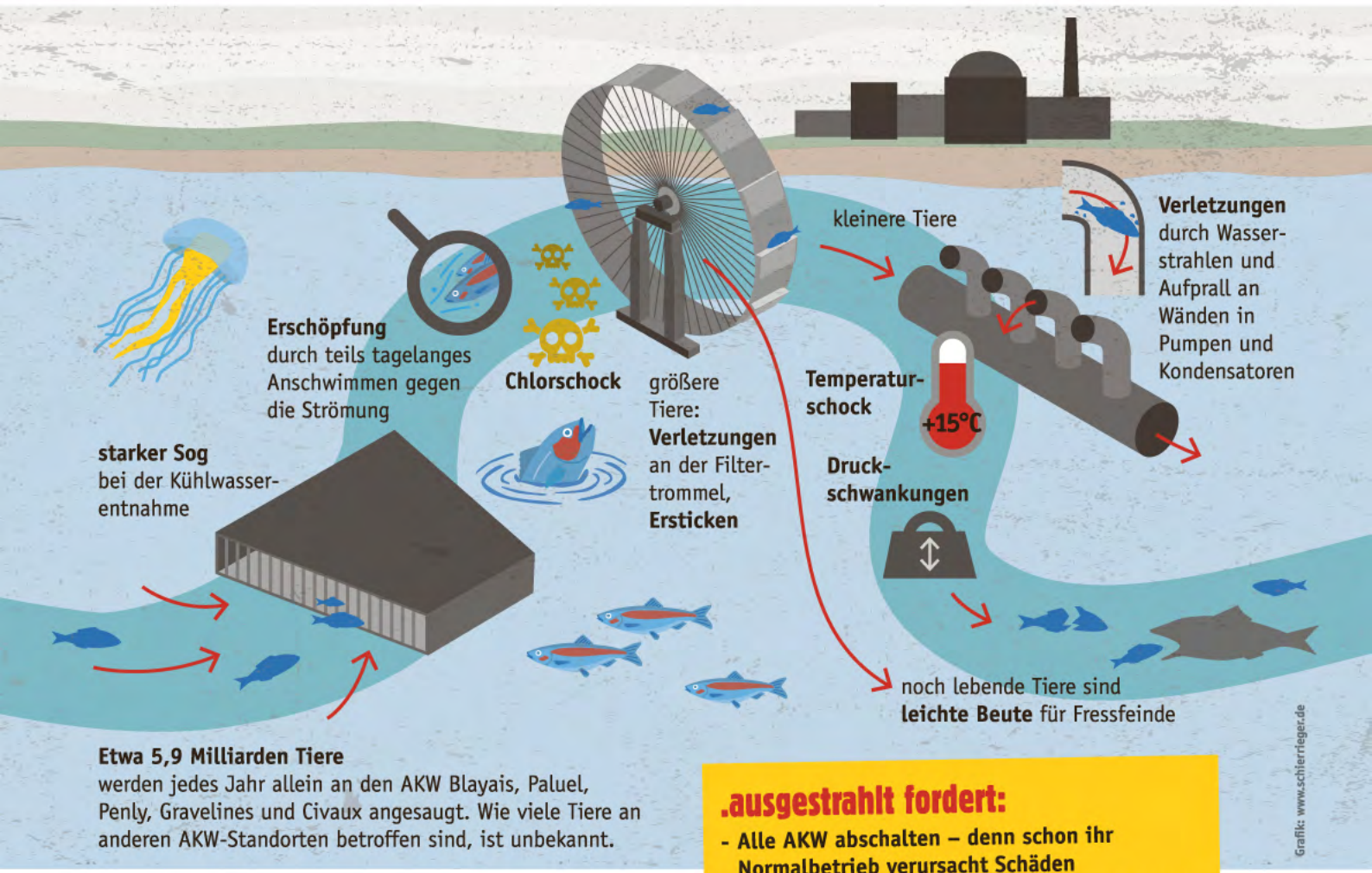
Foto: privat

*„Ich fördere .ausgestrahlt, weil die Risiken der Atomkraft von einigen politischen Akteur*innen zunehmend verharmlost werden."*

Rüdiger Weigel, Minden

Tod im Kühlkreislauf

Infografik | Milliarden Wasserorganismen werden in AKW mit dem Kühlwasser angesaugt, zeigen Untersuchungen aus Frankreich. Die wenigsten der Fische, Krebstiere und Quallen überleben die Tortur



Quelle: Sortir du nucléaire 2026
auf Grundlage von EDF-Daten von 1981 bis 2026